

**Ausführungen des Vorsitzenden des Verwaltungsrats des Hessischen Rundfunks,
Gert Lütgert, zum Jahresbericht und Jahresabschluss 2013 für die öffentliche
Hauptversammlung des Rundfunkrats am 25.07.2014**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Intendant hat in seiner Rede die finanzielle Situation des Hessischen Rundfunks bereits ausführlich geschildert. Von besonderer Bedeutung im letzten Jahr war dabei insbesondere der Umstieg des Finanzierungsmodells von einer geräteabhängigen Gebühr zu einem Haushaltsbeitrag. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit 2009 mit einem stetigen Rückgang der Einnahmen aus den Gebühren umgehen musste, war dieser Wechsel sinnvoll und wichtig. Gleichwohl bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - insbesondere für den hr - schwierig. So schließt der hr das erste Jahr der neuen Gebührenperiode mit einem Minus von 6,3 Mio. € ab. Durch einen leichten Zuwachs bei den Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag, viel mehr aber noch durch erhebliche Sparanstrengungen, konnte immerhin erreicht werden, dass der Fehlbetrag um 8,4 Mio. € niedriger ausfiel, als in der Haushaltsplanung befürchtet.

In insgesamt zehn Sitzungen im Jahr 2013 hat der Verwaltungsrat ausführlich und durchaus kontrovers über die seitens der Geschäftsleitung geplanten Investitionen sowie auch die infrage stehenden Sparmaßnahmen beraten. Gerade aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation ist es mir wichtig zu betonen, dass der Verwaltungsrat stets darum bemüht war, im Gremium einen Konsens herbeizuführen und zu einvernehmlichen Beschlüssen zu gelangen. Der Balanceakt wird zunehmend schwieriger: Sparmaßnahmen sind unerlässlich. Die Belange der Belegschaft, die großen Anteil an den bisherigen Sparmaßnahmen hat, müssen berücksichtigt wer-

den und trotzdem muss der hr als Landesrundfunkanstalt so aufgestellt werden, dass er das Publikum, also den Beitragszahler, mit der heute erwarteten inhaltlichen, aber auch technischen Qualität erreicht.

Ein Beispiel, dass dieses Spannungsverhältnis gut widerspiegelt, ist das Maßnahmenpaket zur Zusammenführung der Fernsehproduktion des hr am Standort Funkhaus am Dornbusch. Für dieses Projekt hat der Verwaltungsrat einen Gesamtbetrag von 5.215.000 € genehmigt. Durch eine Modernisierung der Studios im Funkhaus am Dornbusch einschließlich der Einführung einer virtuellen Studioteknik und einer Reorganisation des Sende- und Produktionsbetriebs können die Produktionsstandorte Kassel und Maintower außer Betrieb genommen werden. Durch die damit eingesparten Kosten an diesen Standorten kann der genannte Betrag bereits nach rd. 2 ½ Jahren amortisiert werden.

Aufgrund der Etablierung der HD-Technologie war es unabdingbar, die Sendeabwicklung des Fernsehens auf die HD-Technologie umzurüsten, wofür der Verwaltungsrat Mittel in Höhe von 1.017.000 € freigegeben hat.

Im Hörfunk schreitet die technisch erforderliche Re-Investition in die Hörfunksendekomplexe weiter voran. Das im Jahr 2012 gestartete Projekt konnte nach einer erfolgreichen ersten Phase nun in den zweiten Bauabschnitt überführt werden. Hierfür hat der Verwaltungsrat weitere Mittel in Höhe von 506.000 € genehmigt.

Insbesondere beim jüngeren Publikum ist neben den herkömmlichen Ausspielwegen Hörfunk und Fernsehen das Online-Angebot fester Bestandteil der täglichen Mediennutzung. Dabei wird es zunehmend wichtiger, auch auf den mobilen Endgeräten präsent zu sein. Um dies zu erreichen, und auch um die verschiedenen Zielgruppen innerhalb des Publikums des hr besser ansprechen zu können, ist es erforderlich, in den Online-Bereich des hr zu investieren. Zur Umsetzung der Maßnahmen für die

Neuaufstellung des Online-Angebots des hr hat der Verwaltungsrat Mittel in Höhe von 1.740.000 € bewilligt.

Auch was die Gebäudetechnik und die Substanzerhaltung angeht, waren eine Reihe von Maßnahmen der Instandhaltung und Modernisierung dringend notwendig, um die Substanz der genutzten Gebäude nicht dauerhaft zu schädigen. Hierzu gehört die bautechnische und brandschutztechnische Instandsetzung des Parkhauses, wofür der Verwaltungsrat Maßnahmen in Höhe von 1.590.000 € genehmigt hat. Auch der Umbau der zentralen Kältetechnik im Funkhaus am Dornbusch ließ sich aufgrund des Alters und des Zustands der alten Anlage nicht weiter verschieben. Es ist zu erwarten, dass durch die Modernisierung der Technik mit deutlichen Einsparungen in den Betriebskosten gerechnet werden kann. Für diese Maßnahme hat der Verwaltungsrat Mittel in Höhe von 1.550.000 € freigegeben.

Wie ich bereits eingangs festgestellt habe, erweist sich der Umstieg von dem gerätebezogenen Gebührenmodell auf einen Haushaltsbeitrag als richtig. Nach Jahren des Gebührenrückgangs kann der hr nun seit Beginn des Jahres 2013 einen leichten Anstieg der Beitragseinnahmen verzeichnen. Das Modell war allerdings gleich nach seiner Einführung von mehreren Seiten angegriffen und rechtlich infrage gestellt worden. Zwei bisher ergangene Verfassungsgerichtsentscheidungen aus Bayern und Rheinland-Pfalz haben jedoch eindeutig bestätigt, dass das neue Finanzierungsmodell verfassungskonform ist. Der Verwaltungsrat bedauert, dass die Politik schon nach den ersten, eher vagen Hochrechnungen eine Diskussion um eine Senkung des Beitrags begonnen hat. In seiner Resolution vom 13.12.2013 hat der Verwaltungsrat des hr davor gewarnt, voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn die errechneten Mehreinnahmen basieren auf noch nicht gesicherten Prognosen. Auch die in Aussicht gestellte Evaluation der Beitragsentwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Vergessen wird bei der Diskussion auch, dass seit Jahren auflaufende Mehraufwendungen, etwa durch die Vorgaben des BilMoG für die Rückstellungen zur Altersversorgung, in der

Beitragsbemessung durch die KEF noch gar nicht berücksichtigt sind. Dennoch wurde von den Ministerpräsidenten eine Beitragssenkung auf € 17.50 beschlossen. Immerhin ist der KEF-Empfehlung, die eine noch weitergehende Reduzierung des Beitrags gefordert hatte, nur zum Teil gefolgt worden.

Was die Einnahmensituation weiter drückt, sind die seit dem 01.01.2013 in Kraft getretenen Einschränkungen im Bereich der Werbeeinnahmen, d.h. konkret der Beschränkung des Sponsorings. Gerade aufgrund der beschlossenen Senkung des Rundfunkbeitrags bleiben die Werbeerlöse zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unverzichtbar.

Wir können daher nur dringend an die Politik appellieren, bei den weiteren Beratungen zur Entwicklung des Beitrags und zur Frage der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zu vergessen, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch die Verfassung eine Bestands- und Entwicklungsgarantie eingeräumt ist. Durch die seit Jahren erforderlichen Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen des hr und dem damit verbundenen stetigen Personalabbau wird deutlich, dass diese Bestands- und Entwicklungsgarantie durch die Forderung nach Gebührensenkungen infrage gestellt wird. Dabei muss man sich noch einmal vor Augen führen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Vorgaben dazu gehalten ist, ein Programm von Qualität, d.h. ein wertvolles Programm zu senden und so seinen wichtigen Beitrag zur Meinungsvielfalt zu leisten. Durch die beschlossene Senkung des Rundfunkbeitrags im Jahr 2015 auf 17,50 € pro Monat zahlen wir pro Tag also etwas weniger 60 Cent. Für 60 Cent erhält man zumindest in Frankfurt nicht einmal mehr eine Kugel Eis. Sicher geben Sie mir daher recht, dass ein öffentlich-rechtliches Fernsehen mit seinen vielfältigen Programmen und Angeboten im kulturellen Bereich diesen Betrag wert sein sollte.

Der Verwaltungsrat nimmt seine Aufgabe der Kontrolle und Aufsichtsfunktion sehr ernst. Er unterstützt die Geschäftsleitung in dem stetigen Bemühen, die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des hr zu erhalten und zu sichern. Dabei ist uns auch bewusst, dass gerade von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon seit Jahren ein hohes Maß an Bereitschaft zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Strategieprozess abverlangt wird. Hierfür bedanken wir uns bei der Tarifgemeinschaft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die finanziellen Rahmenbedingungen, gerade diejenigen, die von uns nicht beeinflusst werden können, machen es umso wichtiger, dass Geschäftsleitung, Gremien, Personalvertretung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hr weiter eng zusammenarbeiten. Nur so lässt es sich erreichen, den hr als eigenständige Landesrundfunkanstalt zu erhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!